

Kohle ist günstigster Stromlieferant

geschrieben von Admin | 1. Mai 2024

Kohle ist der günstigste und sicherste Energieträger. Lagerstätten gibt es weltweit, die den Energiebedarf der Menschen noch für Jahrhunderte decken können. Transport und Lagerung brauchen keine Pumpen, Rohrleitungen oder spezielle Behälter. Das haben die meisten Länder der Welt verstanden – außer Deutschland.

**Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz**

Vor mehr als 20 Jahren wurde von der Rot-Grünen Regierung unter Bundeskanzler Schröder und Umweltminister Trittin die Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland beschlossen. Damals hat die Regierung noch mit Fachleuten der Energieerzeuger nach dem besten Weg gesucht, die Stromversorgung ohne Kernkraftwerke weiterhin sicher und preiswert zu gestalten.

Die Kapazitäten der Kernkraftwerke sollten durch Kohlekraftwerke ersetzt werden. Da zu der Zeit die Steinkohleförderung in Deutschland wegen zu hoher Kosten beendet wurde, sollte Importkohle eingesetzt werden. Die sichere Erzeugerleistung bliebe so erhalten bei einer Erhöhung der Stromkosten um 0,5 bis 1 Cent pro Kilowattstunde. Am Tiefwasserhafen von Wilhelmshaven wurden zusätzlich zu dem vorhandenen 750 Megawatt-Kraftwerk von Uniper noch drei weitere Kraftwerke mit der gleichen Leistung geplant. Nur ein Kraftwerk ist von dieser Planung realisiert worden. Auch in Hamburg Moorburg wurde ein neues Kohlekraftwerk mit zwei 825 Megawatt-Blöcken gebaut. Weiter sollten die mit heimischer Braunkohle betriebenen Kraftwerke modernisiert und ausgebaut werden.

Agora-Energiewende steuert die deutsche Energiepolitik

Verhandlungsführer der Bundesregierung war Rainer Baake, grüner Staatssekretär im Ministerium von Trittin. Nach Insider-Berichten stimmte er zunächst dem Bau neuer Kohlekraftwerke zu, um beim nächsten Treffen wieder Einwände zu erheben. Es seien keine vertrauensvollen Absprachen möglich gewesen. Baake hat dann auch später als Direktor der Deutschen Umwelthilfe maßgeblich an der Verteufelung der Kohlekraftwerke mitgewirkt. Weiter hat er als Direktor die Agora-Energiewende aufgebaut, eine Lobby-Organisation für die Energiewende, die weitgehend von US-Amerikanischen Stiftungen finanziert wird. Diese Gruppe ist hervorragend in der Politik vernetzt und bestimmt weitgehend die deutsche Energiepolitik.

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung beruht maßgeblich auf Empfehlungen von Agora Energiewende. Es wurde behauptet, man könne Deutschland mit den sogenannten regenerativen Energien aus Sonne, Wind und Biomasse sicher und bezahlbar mit Strom versorgen. Die von der Praxis gelieferten Ergebnisse sehen anders aus. Wir müssen lernen, dass dies nicht möglich ist. Mit jeder weiteren „Ökostromanlage“ steigt der Strompreis und sinkt die sichere Stromversorgung. Ursache sind die geringen und nicht regelbaren Leistungen der Wind- und Solaranlagen, die je nach Wetterlage nur zwischen 0 und 60 Prozent der installierten Leistung liefern. Mit solchen unzuverlässigen Leistungen kann kein Stromnetz aufgebaut werden, das jederzeit die gewünschte Leistung für den Verbraucher bereit stellt. „Ökostrom“ sollte daher als Fakepower bezeichnet werden, um diesen Sachverhalt klar herauszustellen.

Industrievermögen wird vernichtet

Das neu gebaute Kraftwerk Moorburg gehörte zu den ersten, das nach dem Kohleausstiegsgesetz abgeschaltet wurde. Es hat nur 6 Jahre Strom produziert. Der Gesamtumsatz lag bei 1,7 Milliarden Euro, wenn man einen Erlös von 5 Cent/Kilowattstunde ansetzt. Der Bau kostete 3 Milliarden Euro. Es ist ein riesiger Verlust an Industrievermögen, den wir alle mit Steuern und höheren Strompreisen bezahlen müssen.

Die Energieversorgung in Deutschland wird mit Fortführung der Energiewende immer teurer und unsicherer. Was ist zu tun, um wieder Anschluss an die Weltwirtschaft zu erreichen? Wir brauchen wieder sicher verfügbare und bezahlbare Energie. Nur so kann die industrielle Abwanderung gestoppt werden. Auch die Wehrkraft der Bundeswehr ist nur gegeben, wenn jederzeit genügend Energie verfügbar ist.

Deutschland wird immer erpressbarer

Doch mit der geplanten Abschaltung der Kohlekraftwerke ist Deutschland fast gänzlich auf Energieimporte angewiesen und kann jederzeit von den Lieferanten erpresst werden. Wir müssen unbedingt die heimische Braunkohle weiter zur Stromerzeugung nutzen, damit eine Grundversorgung gesichert ist. Darüber hinaus muss der Zugang zu den Öl- und Gaslagern im Schiefergestein aufgeschlossen werden, um bei Bedarf kurzfristig die Förderung aufnehmen zu können. Die Lieferländer von Kohle, Erdgas und Erdöl sollten breit gestreut werden. Für flüssiges Erdgas (LNG) wird das schwierig, weil es nur wenige Lieferländer mit Verflüssigungsanlagen gibt.

Das Festhalten an der Energiewende mit der Subventionierung von Fakepower verteuert die Energie deutlich durch die ideologisch bedingten Kosten. In erster Linie müssen die Abgaben auf CO₂-Emissionen fallen. Sie

verteuern die Energie um mehr als 30 Milliarden Euro/Jahr. Geplant ist eine Verdopplung bis Verdreifachung dieser Abgaben. Das sind bis zu 1000 Euro pro Einwohner und Jahr. Weiter müssen die Subventionen für Fakepower, die Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG), abgeschafft werden. Die Fakepower-Erzeuger müssen ihren Strom direkt vermarkten.

Energievorräte sind notwendig

Die Stromerzeuger müssen verpflichtet werden, Brennstoff für mehrere Wochen vorzuhalten. Für Erdöl ist das seit vielen Jahren der Fall. Der Bedarf für 3 Monate wird in Salzkavernen gelagert. Erdgas lagert in Kavernen, die für den hohen Winterverbrauch gefüllt werden. Auch dies ist eine Reserve für einige Tage bis einige Wochen. Für Kohle ist keine Reserve vorgeschrieben und auch nicht vorhanden. Die meisten Kohlekraftwerke haben Kohle nur für wenige Tage. Für eine sichere Stromversorgung muss sich das ändern. Es müssen Kohlevorräte für einige Wochen angelegt werden. Dies ist einfach, denn Kohle kann problemlos auf Halde im Freien gelagert werden. Wie sollte nun eine optimale Energieversorgung in Deutschland aussehen?

Optimale Energienutzung

Der Strom muss weitgehend mit Kohlekraftwerken erzeugt werden. Um Leistungsspitzen abzudecken, sind Gaskraftwerke am besten geeignet. Die Subventionierung und sonstige Stützung von Fakepower einschließlich der CO₂-Abgaben sind sofort zu beenden. Zur Vermeidung von Stromverlusten müssen Kraftwerke in unmittelbarer Nähe von Großverbrauchern betrieben werden. Dann kann auf teure neue Stromtrassen quer durch das Land verzichtet werden, die viel Energie schlucken (Die Leitungen werden bei Volllast bis zu 60 °C warm). Die Heizungen sollten vorwiegend weiter mit Erdgas betrieben werden. Wärmepumpen sind keine wirtschaftliche Alternative. Sinnvoll und kostensparend ist dazu eine Warmwasserversorgung mit Sonnenkollektoren. Im Sommer wird dann keine weitere Wärmequelle mehr zur Warmwassererzeugung gebraucht.

Mit diesen Maßnahmen wird der Strompreis halbiert und der Brennstoff optimal ausgenutzt, also verringert. Nach den Berichten in den öffentlichen Medien geht die Ampelregierung nicht diesen Weg. Ihre Ideologie fordert die Energiewende, durch die immer mehr erzeugte Energie vernichtet wird, bevor sie den Verbraucher erreicht. Wann wird sich das endlich ändern?

Die Windkraftindustrie hat es schwer in Frankreich

geschrieben von Admin | 1. Mai 2024

Von Edgar L. Gärtner

Seit dem 8. März 2024 (viele denken da an der „Weltfrauentag“) haben die französischen WKA-Gegner Grund zum Jubeln. Umgekehrt könnte man auch sagen, dass die WKA-Lobby in Frankreich vor dem durchaus einflussreichen Staatsrat zittert. Denn an diesem Tag hat dieser die hochfliegenden Pläne dieser skrupellosen Interessenvertretung durchkreuzt. Schon im vergangenen Jahr hatten Appellationsgerichte in der französischen Provinz den teuren Rückbau ganzer Windparks aus ästhetischen bzw. kulturhistorischen Gründen angeordnet. Im März 2024 ging es hingegen um die Klage einer Bürgerinitiative des Dorfes Echauffour im nordfranzösischen Département Orne gegen den Bau eines Windparks im Jahre 2019 nur wenige hundert Meter vor ihrer Haustür. Die Dorfbewohner klagten über eine unerträgliche Belastung mit teilweise hörbarem, teilweise aber auch unhörbarem Infraschall und verlangten, dass die Präfektur überprüfen ließe, ob das zulässig sei.

Die Präfektur schickte einen „Experten“, mit dessen Arbeit die Mitglieder der Bürgerinitiative und deren Fachberater aber nicht zufrieden waren. Es stellte sich heraus, dass es keine von beiden Seiten akzeptierte Norm für die Messung des Lärms von WKA gab. So zog sich der Streit hin. Zwischendurch versuchte die französische Regierung den Betreibern der WKA durch einen Ministererlass Rechtssicherheit zu verschaffen. Doch die Bürgerinitiativen verlangten eine neue Messvorschrift, die die Belange der Anwohner besser berücksichtigt. Der Staatsrat hat schließlich den Streit zumindest vorläufig beendet, indem er feststellte, es gebe kein Mess-Protokoll, festgelegt in AFNOR, dem französischen Gegenstück zur DIN, nach dem die Lärmbelästigung durch WKA zuverlässig gemessen und im Hinblick auf mögliche Gesundheitsbelastungen bewertet werden können. Alle bis dahin ausgesprochenen Betriebsgenehmigungen für WKA seien also nichtig. Die Anti-WKA-Bürgerinitiativen feierten diese Entscheidung als Sieg, denn sie liefere Argumente für den Stopp aller WKA-Projekte an Land. Allerdings sind einige französische WKA-Gegner so realistisch, dass sie nicht ausschließen, die notwendige normative Klärung könne am Ende für sie noch ungünstiger ausfallen.

Obwohl Frankreich eine deutlich größere Landfläche als Deutschland hat,

also viel dünner besiedelt ist und vor allem gegenüber Deutschland über eine unvergleichlich lange Küstenlinie verfügt (selbst wenn man die vielen Inseln, die Reste des ehemaligen Kolonialreiches, nicht berücksichtigt) lieferte die Windkraft dort Ende 2022 weniger als 19 Gigawatt (GW) elektrische Leistung im Vergleich zu den über 60 GW in Deutschland. Um dem Druck der EU nachzugeben, propagiert die französische Regierung unter Emmanuel Macron und Gabriel Attal weiterhin den beschleunigten Bau von WKA. Da das an Land wegen des wachsenden Widerstands der örtlichen Bevölkerung schwierig geworden ist, setzt die Regierung seit einiger Zeit auf größere Offshore-Projekte. Eine WKA-Kapazität von 45 GW soll in den nächsten Jahren vor den französischen Küsten entstehen.

An Land berücksichtigen die Gerichte bei Auseinandersetzungen mit Protestgruppen neben kulturellen und medizinischen Aspekten nun auch die durch den WKA-Betrieb hervorgerufene Wertminderung von Immobilien. So hat das Appellationsgericht im bretonischen Rennes im März 2024 den WKA-Betreiber FP Lux Wind zur Zahlung von Entschädigungen zwischen 27.000 und 80.000 Euro, insgesamt 730.000 Euro an betroffene Immobilienbesitzer verurteilt. Kein Pappenstiel für den WKA-Betreiber.

WKA-Offshore-Projekte stoßen vor allem in bekannten Urlaubsregionen auf wachsenden Widerstand. Kein Wunder, weil es hier um das wichtigste Kapital ansonsten wirtschaftlich benachteiligter Regionen geht. In letzter Zeit haben sich hier das Département Vendée und insbesondere Yannick Moreau, der Bürgermeister des bekannten Urlaubsortes Les Sables d'Olonne (gleichzeitig Vorsitzender der Mandatsträger der Küstenregion), hervorgetan. Moreau weist darauf hin, dass die benachbarten Inseln Yeu und Noirmoutier bereits durch weit sichtbare Offshore-Windparks beglückt wurden. Nun komme ein dritter Windpark hinzu, der den ohnehin bereits notleidenden mittelständischen Fischern die Arbeit erschwere. José Journeau, der lokale Vorsitzende der Fischer, weist auf die traditionell große Kampfbereitschaft der Bewohner des Vendée hin.

Kurz: In Frankreich ist es für die Wind-Lobbyisten und die hinter ihnen stehenden Anhänger der Agenda des „Great Reset“, zu der sich Staatspräsident Emmanuel Macron und sein Premierminister Gabriel Attal bekennen, nicht so leicht, einfach auf stur zu schalten wie in Deutschland, zumal Macrons globalistische Partei „Renaissance“ in den bevorstehenden Europawahlen voraussichtlich sehr schlecht abschneiden wird. Parteien, die die nationalen und regionalen Belange in den Vordergrund rücken, werden das Rennen machen.

Umweltschützer schweigen zu den Gräueltaten an Mensch und Umwelt

geschrieben von Chris Frey | 1. Mai 2024

[Ronald Stein](#)

Obwohl Wind- und Solarenergie kein Kohlendioxid ausstoßen, kommt es in China, Afrika, der Türkei, Argentinien, Bolivien und Chile zu erheblicher Umweltzerstörung und menschlichen Gräueltaten. Die Materialien für EV-Batterien und für die Erzeugung von Strom aus Windturbinen und Solarmodulen erfordern den Abbau wichtiger Mineralien und Metalle in großem Umfang, von denen viele in Ländern wie China und der Demokratischen Republik Kongo abgebaut und veredelt werden, in denen Menschenrechtsverletzungen gegen Bergleute an der Tagesordnung sind und der Umweltschutz nur begrenzt gewährleistet ist.

Umweltschützer haben einen Tunnelblick auf die wohlhabenderen Länder auf diesem Planeten, die sich die Kosten für Vorschriften leisten können, damit die Umweltbewegung große Batterien für Elektroautos, Lastwagen und Busse benötigt und Strom gelegentlich durch Windturbinen und Sonnenkollektoren erzeugt werden kann; dieser Tunnelblick ist heuchlerisch, unethisch und unmoralisch.

- China kontrolliert 80 % des weltweiten Angebotsmonopols an Seltenerdmineralien und -metallen im Würgegriff.
- Der Kongo in Afrika ist eine 90 %ige Quelle für unverzichtbares Kobalt.
- Lithium: Das Teile Argentinien, Boliviens und Chiles umfassende Lithiumdreieck birgt mehr als 50 % der weltweiten Lithiumvorräte.
- Graphit: Auf der Basis aller Komponenten einer EV-Batterie macht Graphit etwa 25 % bis 28 % der gesamten EV-Batterie aus. Die Türkei verfügt über die größten Graphitreserven, gefolgt von Brasilien und China. Auf diese drei Länder zusammen entfallen 66 % der geschätzten weltweiten Graphitreserven.

Heute wiegt eine typische EV-Batterie 1000 Pfund und enthält folgende Rohstoffe:

- 25 Pfund Lithium,
- 60 Pfund Nickel,
- 44 Pfund Mangan,
- 30 Pfund Kobalt,

- 200 Pfund Kupfer und
- 400 Pfund Aluminium, Stahl und Kunststoff.
- Im Inneren befinden sich über 6.000 einzelne Lithium-Ionen-Zellen.

Es sollte jeden beunruhigen, dass all diese „Blutmineralien“ an Orten auf der Welt abgebaut werden, die Umweltschützer, politische Entscheidungsträger oder Käufer von Elektrofahrzeugen nie zu Gesicht bekommen.

Für die Herstellung einer Elektroauto-Batterie müssen zum Beispiel 25.000 Pfund Lithium-Sole, 30.000 Pfund Kobalt-Erz, 5.000 Pfund Nickel-Erz und 25.000 Pfund Kupfer-Erz verarbeitet werden. Alles in allem müssen für eine einzige Tesla-EV-Batterie mehr als 500.000 Pfund an Materialien irgendwo auf der Welt [verarbeitet](#) werden.

Eine Batterie für einen schweren Elektro-Lkw kann bis zu 16.000 Pfund wiegen, das ist 16 Mal mehr als die Tesla-Batterie! Für eine einzige LKW-Batterie müssen 8.000.000 Pfund Erde ausgehoben werden. Das ist erstaunlich – 8 Millionen Pfund Erde für jede Lkw-Batterie auszugraben!

Elektroautos werden in mehrfacher Hinsicht stark subventioniert: durch direkte Steuervorteile auf Bundes- und Landesebene für die Käufer, durch staatliche Kreditanreize für die Hersteller und durch zusätzliche Produktionskosten, welche die Käufer von Benzinfahrzeugen aufbringen müssen.

Sowohl in China als auch in Afrika gibt es nur minimale Arbeits- und Umweltgesetze, was zu weitreichender Umweltzerstörung und menschlichen Grausamkeiten führt, die „saubere“ EV-Batterien unterstützen. Sowohl Lithium als auch Kobalt, die Hauptbestandteile von Elektroauto-Batterien, sind im [Periodensystem](#) der gefährdeten Elemente als nur noch begrenzt verfügbar oder aufgrund der zunehmenden Nutzung als zunehmend bedroht eingestuft.

Es scheint sowohl unethisch als auch unmoralisch zu sein, China und Afrika weiterhin finanziell zu ermutigen, „ihre“ Armen mit gelber, brauner und schwarzer Haut auszubeuten und die Umweltzerstörung „ihrer“ Landschaften finanziell zu unterstützen, nur um saubere EV-Batterien in „unseren Hinterhöfen“ zu fördern.

Die Sicherheit von Lithium-Ionen-Batterien ist ein heikles Thema. Wenn sie durchstochen, gequetscht oder überhitzt werden, können sie einen Kurzschluss erleiden, in Brand geraten oder sogar explodieren. Wenn das passiert, kann es sehr unangenehm werden. Brände von Elektroautobatterien können Temperaturen von über 1.000 Grad erreichen und giftige Gase freisetzen. Schlimmer noch: Sie können weder mit Wasser noch mit normalen Löschmitteln gelöscht werden. Bei möglichen Bränden von Elektroautobatterien in Fahrzeugen:

> Wer übernimmt die Verantwortung für die Versicherung des sicheren Transports der Batterien von den ausländischen Herstellern zu den amerikanischen Häfen, die Frachtschiffe oder die Hersteller?

> Wer übernimmt die Verantwortung für die Versicherung der möglichen Schäden, die durch einen solchen Brand in einer Garage, einem Büro- oder Wohngebäude, einer Tiefgarage oder einem Autobahntunnel entstehen?

Das kürzlich erschienene [Buch](#) „Clean Energy Exploitations – Helping Citizens Understand the Environmental and Humanity Abuses That Support Clean Energy“ [etwa: Ausbeutung sauberer Energie – Hilfe für die Bürger zum Verständnis der Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen bei der Förderung sauberer Energien] wurde für den Pulitzer-Preis nominiert. Das Buch befasst sich mit der mangelnden Transparenz der Auswirkungen der grünen Bewegung auf die Ausbeutung der Menschheit in den Entwicklungsländern, in denen die exotischen Mineralien und Metalle abgebaut werden, die für die Herstellung der zur Speicherung „grüner Energie“ benötigten Batterien benötigt werden. In diesen Entwicklungsländern haben diese Bergbauaktivitäten unverhältnismäßige Auswirkungen auf einkommensschwache Gemeinden, beuten Kinderarbeit aus und sind für die ungeheuerlichsten Menschenrechtsverletzungen an gefährdeten Minderheiten verantwortlich. Außerdem zerstören diese Betriebe durch die Umweltzerstörung direkt den Planeten.

Kurz nach der Nominierung von „Clean Energy Exploitations“ für den Pulitzer-Preis bestätigte Präsident Biden die Botschaft des Buches, dass es so etwas wie eine saubere Lieferkette für Mineralien und Metalle aus weniger entwickelten Ländern nicht gibt. Alle sind in unterschiedlichem Maße von Missbrauch betroffen, darunter Sklaverei, Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft, Menschenhandel, gefährliche und giftige Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne, Verletzungen und Tod sowie unkalkulierbare Umweltschäden, als die Regierung Biden am 4. Oktober 2022 [erklärte](#), dass Batterien aus China möglicherweise durch Kinderarbeit belastet sind. Andere Regierungschefs sind jedoch der Meinung, dass Nullemissionen um jeden Preis wichtiger sind als die Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen, welche die „saubere“ Elektrizität unterstützen.

Von den sechs Verfahren zur Stromerzeugung kann die gelegentlich erzeugte Elektrizität aus Wind und Sonne nicht mit der kontinuierlichen, unterbrechungsfreien Elektrizität aus Wasserkraft, Kernkraft, Kohle oder Erdgas konkurrieren:

> Wind und Sonne erzeugen nur gelegentlich Strom.

> Wasserkraft, Kernkraft, Kohle und Erdgas erzeugen kontinuierlichen, unterbrechungsfreien Strom.

Ich finde es sowohl amüsant als auch krank, dass dreiundzwanzig Staaten sich zum [Ziel](#) gesetzt haben, bis 2050 auf 100 Prozent „sauberen“ Strom umzusteigen. Der Elefant im Raum, über den kein Entscheidungsträger

sprechen will, ist dieser:

> Gelegentlich erzeugter Strom aus Wind- und Sonnenenergie KANN NICHT die Computer in Krankenhäusern, Flughäfen, Büros, Produktionsstätten, Militärstandorten, Datenzentren und Telemetrie unterstützen, die alle eine kontinuierliche, unterbrechungsfreie Stromversorgung benötigen.

> Weder der gelegentliche Strom aus Windturbinen noch Solarpaneele können die Versorgungskette von Produkten aus Erdöl ersetzen, welche die Grundlage unserer materialistischen Gesellschaft bilden, die von den 8 Milliarden Menschen auf diesem Planeten gefordert wird, da Wind und Sonne NICHTS herstellen können.

Bitte geben Sie diese Informationen an Ihre Freunde weiter, um Gespräche über Energiekompetenz in der Familie zu fördern.

Link:

<https://www.cfact.org/2024/04/24/environmentalists-silent-on-human-and-environmental-atrocities/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE